

Tanzverbot: EDU nicht einstimmig

Parolenfassung Zwar haben Kantonsratsmitglieder der EDU Thurgau und SVP Thurgau das Referendum ergriffen, weshalb die Lockerung des Ruhetagsgesetzes am 28. September vors Thurgauer Volk kommt. Dennoch hat die EDU an ihrer Mitgliederversammlung eine nicht-einstimmige Nein-Parole dazu gefasst. In einer Medienmitteilung schreibt Vizepräsident Marcel Wittwer, die hohen Feiertage dienen «der gesellschaftlichen Ruhe und Besinnung und nicht der profanen Spassgesellschaft». Bei der nationalen Vorlage zur E-ID ist die Mutterpartei EDU Schweiz Teil des Gegnerkomitees - hier fällt die Nein-Parole der EDU Thurgau einstimmig aus. Bei der nationalen Abstimmung zur Abschaffung der gemäss Wittwer «nicht nachvollziehbaren Eigenmietwertbesteuerung» überwiegt die Zustimmung. (viv)

Zwei Nein und ein Ja von Junger SVP

Abstimmungen Der Nachwuchs der Thurgauer SVP hat sich im Weinfelder Waldschulzimmer zu seiner dritten Mitgliederversammlung des Vereinsjahres getroffen. Die JSVP-Mitglieder diskutierten die kantonale und die zwei nationalen Abstimmungsvorlagen und fassten folgende Parolen: Die kantonale Abstimmung zur Lockerung des sogenannten Tanzverbots im Thurgau lehnt die Junge SVP einstimmig ab. Die Mitglieder fürchten einen möglichen Verlust christlicher Werte. Auch die nationalen Vorlage zum E-ID-Gesetz lehnen die Mitglieder deutlich ab. Die Junge SVP zweifelt insbesondere am Datenschutz und daran, wie «kostengünstig und bedarfsgerecht» die jetzige Gesetzesvorlage ist. Einzig der nationalen Vorlage zur Abschaffung des Eigenmietwerts stimmt die Junge SVP einstimmig zu. (viv)

FDP Thurgau sagt dreimal Ja

Anpassungen Bereits Mitte Juni hat die Thurgauer FDP die deutliche Ja-Parole gefasst zur Lockerung des Tanzverbots im Thurgau. Nun hat sie das auch für die nationalen Abstimmungen getan. FDP-Fraktionspräsident Thomas Leu schreibt in einer Medienmitteilung zum Eigenmietwert: «Die seit vielen Jahren überholte Geistersteuer gehört endlich vom Tisch.» Die Mitglieder stimmen der Abschaffung zu. Auch die E-ID-Vorlage wollen die Thurgauer FDP-Mitglieder klar annehmen. Der Datenschutz sei integraler Bestandteil des Systems. Die E-ID werde ausschliesslich vom Bund ausgestellt, sei kostenlos und freiwillig, womit die bei der letzten Abstimmung geäusserten Bedenken aufgegriffen würden, argumentiert die jungfreisinnige Referentin Marina Schenker. Sie hofft auf Effizienzgewinne im Alltag. (viv)

«Unsinnig, unfair, unsozial»

Die Thurgauer Nationalrätinnen und Ständeräte wehren sich gegen die drohenden J+S-Kürzungen.

Stefan Marolf

Jugend + Sport boomt - auch im Thurgau: 2024 profitierten fast 42'000 Kinder vom Sportförderprogramm, über 3,2 Millionen Franken flossen an die Thurgauer Schulen und Vereine. Die Zunahme seit 2015 beträgt fast 50 Prozent.

Zuletzt konnte nur die Coronapandemie dem Wachstum vorübergehend Grenzen setzen, jetzt droht der nächste Dämpfer: Das Bundesamt für Sport (Baspo) will die Beiträge an Schulen und Vereine ab 2026 um 20 Prozent senken. Vereine würden künftig noch 1.04 statt 1.30 Franken pro Kind und Trainingsstunde erhalten, Schulen und Lagerorganisationen noch 12.80 statt 16 Franken pro Kind und Lagertag. Die Lagerbeiträge sind erst 2020 von 7.60 auf 16 Franken erhöht worden.

Grund für die angedachte Tarifsenkung: Immer mehr Kinder machen Sport, der Kredit für die J+S-Beträge bleibt aber gleich. Damit er weiterhin für alle reicht, sollen alle weniger bekommen.

Seit das Baspo über die Tarifsenkung informiert hat, gehen die Wogen hoch, Sportsfreunde aus der ganzen Schweiz wehren sich. So auch Ueli Fisch: Der Präsident der Vereinigung Thurgauer Sportverbände hat alle acht Thurgauerinnen und Thurgauer im National- und Ständerat darum gebeten, sich gegen die Kürzungen einzusetzen.

J+S bräuchte 20 bis 30 Millionen Franken mehr

Ihr liege J+S «enorm am Herzen», schreibt FDP-Nationalrätin Kris Vietze. «Die Förderung des Breitensports ist unter Garantie eine der vernünftigsten Sachen, die wir machen können. Ich bin mir sicher, dass J+S nicht im Regen stehen gelassen wird.»

Vietze weist darauf hin, dass das Parlament die Tarifikürzung nur mit einer Erhöhung des J+S-Gesamtkredits um 20 bis 30 Millionen Franken abwenden kann. Dafür solle woanders gespart werden: «Statt einfach den Vereinen die Beiträge pauschal um 20 Prozent zu kürzen, erwartet das Parlament von Baspo schon auch Vorschläge, wo es selber optimieren kann.»

Bei den eigenen Kindern sparen? Nicht mit der SVP

Das Thurgauer SVP-Nationalratstrio teilt Kris Vietzes Hoffnung. «Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Kürzungen mehrheitsfähig sind», sagt Diana Gutjahr. Das Baspo wolle mit den Tarifikürzungen am «völlig falschen Ort» sparen.

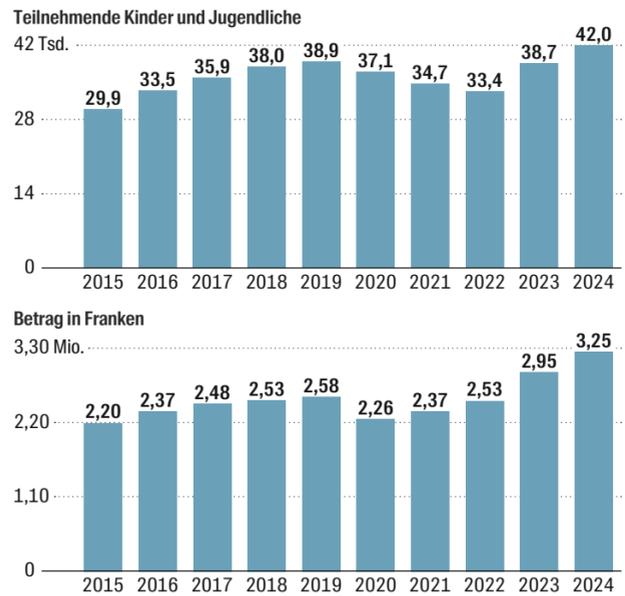
Gutjahr, die Tennis spielt und früher Trainings leitete, sagt: «Sport ist in der Kindheit so prägend - was Kinder da lernen, ist wegweisend für ihre Zukunft und kann später nie mehr aufgeholt werden.» Die J+S-Gelder seien sehr gut eingesetzt, sagt auch der ehemalige Cevianer Pascal Schmid: «Die ehrenamtliche Arbeit ist sehr unterstützenswert, da darf kein Geld fehlen.» Schmid sieht viel eher Sparpotenzial in den eidgenös-



Fussballtraining beim SC Berg: Das Bundesamt für Sport will ehrenamtliche Trainerinnen und Trainer bald mit weniger Geld entschädigen. Bild: Donato Caspari

J+S im Thurgau immer beliebter

Immer mehr Kinder und Jugendliche profitieren von immer mehr J+S-Beträgen - nur die Coronapandemie hat das Wachstum kurzzeitig unterbrochen.



Kris Vietze, FDP-Nationalrätin. Bild: Severin Bigler



Diana Gutjahr, SVP-Nationalrätin. Bild: Anthony Anex/Keystone



Pascal Schmid, SVP-Nationalrat. Bild: Andrea Tina Stalder



Manuel Strupler, SVP-Nationalrat. Bild: Peter Klauzner/Keystone



Christian Lohr, Mitte-Nationalrat. Bild: Alessandro Della Valle/Keystone



Nina Schläfli, SP-Nationalrätin. Bild: Ralph Ribi



Brigitte Häberli, Mitte-Ständerätin. Bild: Anthony Anex/Keystone



Jakob Stark, SVP-Ständerat. Bild: Peter Schneider/Keystone

sischen Ämtern, spricht von «Wasserköpfen in der Verwaltung» und wachsenden Kommunikationsabteilungen. «Das Baspo muss intern sparen statt die J+S-Tarife zu kürzen.»

Als ehemaliger Cevi-Leiter und Trainer im Schwimmen weiss Manuel Strupler, wie wichtig die J+S-Beträge für den Sport und die Vereine sind: «Jeder als J+S-Geld eingesetzte Steuerfranken wird mit viel ehrenamtlicher Arbeit mehrfach kumuliert.» Strupler schreibt: «Solange internationale Turniere von Verbänden unterstützt werden, die Milliardengewinne erzielen, ist es sicher falsch, im Breitensport und bei der Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit zu kürzen.» Er fordert: «Die Kosten sollen innerhalb des Baspo-Kredits kompensiert und die Verwaltungskosten reduziert werden.»

Sowohl Manuel Strupler als auch Diana Gutjahr und Pascal Schmid nennen unabhängig voneinander einen weiteren Punkt, der sie stört: die Kosten im Asylbereich, die viel höher seien als jene für die Sportförderung. «Der Bund wirft im Asylbereich und bei der Entwicklungshilfe jedes

Jahr mehrere Milliarden Franken zum Fenster hinaus», sagt Pascal Schmid. «Wir zahlen Flüchtlingen den Zahnarztbesuch und sollen jetzt bei unseren eigenen Kindern sparen?», fragt Diana Gutjahr. «Ich weiss nicht, wie man auf eine solche Idee kommt.»

Manuel Strupler ist einverstanden: «Wenn wir im Asylbereich Milliarden ausgeben und dann bei unserer eigenen Jugend knausrig sein müssen, werden Prioritäten falsch gesetzt.»

Nina Schläfli stellt das ganze Sparpaket infrage

«Selbstverständlich» werde auch er sich gegen die Kürzungen wehren, schreibt Mitte-Nationalrat Christian Lohr, der sich seit Jahren mit politischen Vorstössen für Jugend + Sport einsetzt. Lohr bezeichnet J+S als «absolutes Erfolgsprogramm schlechthin» und schreibt: «Es mag richtig sein, dass der Bund im aktuellen Umfeld Sparmassnahmen prüfen und teilweise auch umsetzen muss. Bei J+S ist es aber absolut der falsche Ort.»

Die Kürzungen zulasten von Ehrenamtlichen, Familien und Jugendlichen wären «unsinnig,

unfair und unsozial», schreibt Lohr - doch er fürchtet sie nicht: «Jugend + Sport geniesst eine grosse politische Lobby im Bundeshaus, die jetzt eingreifen muss und dies auch tun wird.»

SP-Nationalrätin Nina Schläfli will ihren Teil dazu beitragen. «Natürlich» werde sie sich gegen die Tarifikürzungen einsetzen, schreibt sie. «Neben Sport, Bewegung und Zusammensein geht es auch um Prävention, Chancengerechtigkeit, Integration und nicht zuletzt auch um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.»

Bis hierhin ist sie mit ihren bürgerlichen Nationalratskolleginnen und -kollegen einverstanden. Im Gegensatz zu ihnen stellt Schläfli aber das ganze Sparpaket des Bundes grundsätzlich infrage. Viele Organisationen müssten derzeit einschneidende Kürzungen hinnehmen, zum Teil sei ihr Fortbestehen gefährdet. Gleichzeitig seien die prognostizierten Einnahmen für das laufende Jahr voraussichtlich über 1,4 Milliarden höher als budgetiert. Schläfli schreibt: «Eine ganzheitliche und nachhaltige Fi-

nanzpolitik wäre auch auf Bundesebene wünschenswert.»

«Kämpft ein Bundesamt gegen den Bundesrat?»

Die Thurgauer Ständeratsfraktion mit Brigitte Häberli (Mitte) und Jakob Stark (SVP) steht den J+S-Tarifikürzungen genauso kritisch gegenüber wie die Nationalrätinnen und Nationalräte. «Die J+S-Beträge sind ein Erfolgsmodell», schreibt Häberli. «Ich rechne mit einer starken Allianz gegen diese Kürzungen und hoffe, dass sie abgelehnt werden.»

Jakob Stark ist irritiert von der frühen Kommunikation des Bundesamts für Sport: «Eine Kampagne vor Budget-Publikation des Bundesrats ist sehr speziell. Kämpft hier ein Bundesamt öffentlich gegen den eigenen Bundesrat?»

Stark schlägt vor, dass Verbände oder die Kantone mit Beiträgen aus ihren Sportfonds die J+S-Tarifikürzungen kompensieren könnten. Sollten sich keine alternativen Geldgeber finden lassen, wäre für ihn eine Aufstockung des J+S-Budgets «angesichts der positiven Wirkung von Jugend + Sport gerechtfertigt».